Der oberschlesische Wanderer

Nr. 110
96. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Sonnabend, den 10. und Sonntag, 11. Mai 1924

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 15 Goldpfennig, f. poln. Oberschl. 300000 poln Mk.

Gegründet 1828

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

„Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien Woche 60 Goldpfennige, in Polnisch-Oberschlesien 1500000 polnische Mark, im voraus zahlbar frei Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 7 Millionen poln. Mk. — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. Amtliche, Finanz- und Heilmittelanz im Industriebezirk 0,20 GM, amtl. Anzeigen auswärts 0,30 GM. In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bezw. 0,40 GM, umgerechnet nach dem jeweiligen Stande der poln. Mk. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 0,10 GM. Beilagengebühr 4,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Bemühungen zur Regierungsbildung

G. Berlin, 10. Mai. (Privattel.) Gestern abend haben die Besprechungen der Reichsminister beim Reichspräsidenten begonnen. Die Sitzung des Gesamtkabinetts unter Vorsitz des Präsidenten Ebert findet erst am Montag statt. Die bisherigen Koalitionsparteien konferieren gleichfalls seit gestern Abend, und es zeigen sich ernstliche Bestrebungen, eine neue Koalition für das bisherige Kabinett im neuen Reichstag zustande zu bringen, um zunächst die Durchführung der Expertengutachten zu sichern.

Cb. Berlin, 10. Mai. (Eig. Bericht.) Der gestrige Tag hat in Berlin die Besprechungen der hier eingetroffenen Fraktionsführer fortgesetzt. Die Bildung der Mehrheitsverhältnisse im neuen Reichstag war gestern Abend immer noch ungeklärt. Als wichtige Tatsache ist jedoch zu registrieren, daß die Deutschvölkischen ein neues Verhandlungs-Angebot an die Deutschnationalen gerichtet haben, das wesentlich entgegenkommend gehalten und die Möglichkeit einer rechtsbürgerlichen Regierungs-Koalition vorsieht, die aus Deutschnationalen, Deutschvölkischen, bayrische Volkspartei, Zentrum und deutsche Volkspartei bestehen soll.

Deutschlands Ausbeutung

Macdonald drängt. — Poincare in Nöten.

Das Diplomatisieren Poincares besteht eigentlich nur darin, Frankreichs Ziel, Verschärfung des Vertrages Friedens durch Einverleibung des Ruhr- und Saargebietes, durch Worte zu verschleiern. Briand will durch die Besetzung der Brückenköpfe zwecks Sicherung Frankreichs bereits England provozieren. Daß Frankreich sich als Gerichtsvollzieher der Entente wider deren Willen aufspielt, ist Mitschuld Englands. Lloyd Georges Nachkriegspolitik hat Frankreich Waffen in die Hand gegeben, die Poincare nunmehr gegen England selbst kehrt. Vergeblich nimmt Macdonalds Presse, Frankreichs und Poincares Worte vom Januar 1923 seien mit der heutigen Situation nicht vereinbar. Gewiß hat Poincare damals behauptet, die französischen Bajonette sollten das Ruhrgebiet nur die harmlose Ingenieurkommission schützen, aber wenn Macdonald heute darauf hinweist, daß bei Annahme des Sachverständigengutachtes die kostspieligen Bajonette überflüssig wären, kann Poincare sich damit hinausreden, die Verhältnisse seien nationalistischer geworden und um so wichtiger sei Frankreichs Sicherungsbedürfnis. Macdonald kann gegenüber Poincare nur mit Machtmitteln drohen, die England selbst nicht in der Hand hat. So konstruiert Macdonald, Poincare wolle seine Verschleppungspolitik gegenüber dem Sachverständigengutachten aufrecht erhalten, bis die französischen Wahlen vorüber seien, um dann zu erklären, Frankreich wolle an der Ruhr bleiben. Nur für diesen Fall, daß der direkten Resistenz Frankreich, würde England gänzlich aus dem Spiel ausscheiden. Es würde Europa sich selbst überlassen, wirtschaftlich sich mehr überseeisch orientieren und dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen, deren Prinzip bleibt, Europa sich selbst ausbrennen zu lassen. England würde den Versailler Vertrag erfüllen, Köln räumen, da es die Besatzungsfrist vom Abschluß des Friedensvertrages rechnen, und so die Reparationskommission zur Entscheidung zwingen oder aus der Repko selbst eine Rumpfkommission machen.

Neben diesen staatsrechtlichen Erwägungen und Verhalten tritt aber noch eine andere Macht gegen Poincare auf, die internationale Finanz-Welt. Sie hat den Kranken gerettet und Poincare hatte damals alles mögliche versprochen, das er nachher umzudeuten versuchte. Das internationale Kapital betrachtet Deutschland als gutes Ausbeutungsobjekt, aber die Sicherheit der Ausbeutung wird von Poincare vernichtet, wenn Poincares Sanktionspolitik keine ruhige Arbeit aufkommen läßt. Das Ruhrgebiet soll, um Reparationsleistungen überhaupt zu ermöglichen, wieder entmilitarisiert und dem deutschen Wirtschaftskörper einverleibt werden, der nur als Gesamtheit Zinsen aufbringen kann. Die Goldinternationale also erhebt die Forderungen, daß Sanktionen vorher nicht festgelegt werden und das Ruhrgebiet wirtschaftlich geräumt werde. Das entspricht durchaus dem Plane Frankreichs. England aber steht hier mit den Finanzier zusammen. Macdonald weist darauf hin, daß Deutschland überhaupt nicht leistungsfähig ist, wenn Poincare hartnäckig bleibt, daß die 800-Millionenanleihe dann nicht zustande kommt und folgerichtig auch der französische Franken sinken werde. Alle diese Argumente werden in breitester Front in Brüssel, in Rom, in London einmütig ins Treffen geführt. Ob Poincare sich dadurch beeinflussen läßt, wird sich bald zeigen, jedenfalls ist aber der jetzige Kampf im Ententelager bezeichnend für die Schwierigkeit der Gesamtlage. Deutschland hat die jetzt von der Entente gegenüber Poincare betonten Sicherungen nicht offiziell gefordert. Eine aktive Außenpolitik hat durch einen neuen deutschen Außenminister sich diesen Forderungen anzuschließen.

Kabinettsbildung in Bayern

Cb. München, 10. Mai. (Privattelegr.) Die bayrische Volkspartei nominierte gestern abend für die ihr vom Landtagspräsidenten angetragene Neubildung des bayrischen Kabinetts den bisherigen Ministerpräsidenten von Knilling.

Entweder — oder für Deutschland

C. Genf, 10. Mai. (Privatt.) Echo de Paris meldet, daß die Reparationskommission in ihrer Sitzung am Donnerstag die Expertengutachten weiter beraten habe. Sie habe die Nichtverbindung der wirtschaftlichen mit den politischen Fragen ausdrücklich beschlossen, nachdem diese Verbindung schon im Dawesbericht abgelehnt sei. Für Montag sollen die deutschen Vertreter aufgefordert werden, sich über diejenigen Gesetzentwürfe zu äußern, die Deutschland bis Ende dieses Monats zur parlamentarischen Erledigung bringen wird.

Poincaré — Macdonald

TU. Paris, 10. Mai. (Eig. Ber.) „Excelsior" versichert, daß zwischen Poincaré und Macdonald nachstehende Fragen am 20. Mai zur Sprache gebracht werden:

1. Wirtschaftliche Demobilmachung an der Ruhr.
2. Maßnahmen zur Sicherung und Verpflegung der Truppen während der militärischen Demobilmachung, die nach Maßgabe der deutschen Zahlungen erfolgen soll.
3. Festlegung der Garantien und evtl. Sanktionen für den Fall neuer Verfehlungen seitens des Reiches.
4. Festsetzung der deutschen Schuldziffer in der Höhe der von den Sachverständigen vorgesehenen Jahresleistungen.
5. Reduzierung des Prozentsatzes der den einzelnen Mächten zuerkannten Reparationsbeträge.
6. Das internationale Schulden-Problem.

Für den Fall, daß diese verschiedenen Punkte nicht alle zur Sprache kommen, werden sie dann Gegenstand einer späteren französischen und allgemeinen interalliierten Aussprache sein.

Die Fristen der Ruhrbesetzung

R. Rotterdam, 10. Mai. (Privattelegr.) Die Times melden: Die Interpretation, ob die Fristen der Rheinbesetzung bereits zu laufen begonnen haben, sollen nach Macdonalds Erklärungen in der Trade Union dem Völkerbund vorbehalten bleiben. Inzwischen ist von zwei Vertragsstaaten in London deutlich zum Ausdruck gebracht, daß diese Lösung nicht acceptiert wird, daß vielmehr darauf bestanden werden soll, daß die Fristen erst nach Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen zu laufen beginnen.

Lloyd Georges Forderung

Aenderung der Politik gegen Deutschland.

Cb. Rotterdam, 10. Mai. (Eig. Ber.) Der Matin meldet aus London: Lloyd George veröffentlicht am Vortag der französischen Wahlen im Daily-Chronicle einen politischen Artikel zur Reparationsfrage, der ausführt, daß die Alliierten auch durch das Dawes-Gutachten keinen Pfennig Reparationen erhalten werden, wenn nicht gleichzeitig die ganze Politik gegen Deutschland geändert würde. Die englischen Finanziers machen die Hergabe eines einzigen Schilling von der vorherigen Wiederherstellung der finanziellen und politischen Oberhoheit Deutschlands an Rhein und Ruhr abhängig.

Die Schnüffler in Ostpreußen

G. Berlin, 10. Mai. (Privattelegramm.) General Nollet ist gestern Abend mit neuen Vollmachten aus Paris zurückgekehrt. Der General ist bereits Freitag früh mit 10 Offizieren seines Stabes nach Ostpreußen gereist.

5 gegen 1

R. Rotterdam, 10. Mai. (Privattelegr.) Wie der Courant aus London meldet, werden bei Lloyd in London gewettet für den Sturz der Arbeiterregierung bis 30. Juni 5 gegen 1 und für Neuwahlen bis September 3 gegen 1.

Die Angst um Straßburg

13 neue Forts, Frankreichs Hauptluftschiffhafen.

Cb. Genf, 10. Mai. (Eig. Ber.) Wie das Pariser Journal meldet, ist der Aufbau der Festung Straßburg von der französischen Regierung beschlossen worden. Der Ausbau soll mit Beschleunigung durchgeführt werden, so daß Straßburg 1926 zum Hauptluftschiffhafen Frankreichs bestimmt werden kann. Es sind 13 neue Forts vorgesehen, die den Rheinstrom aufwärts bis Basel beherrschen sollen.

Neue Niederlage der S.P.D.

G. Berlin, 10. Mai. (Privattelegramm.) Bei den vorgestrigen Betriebsrats-Ergänzungswahlen in der Berliner Holzindustrie verloren die Sozialdemokraten 28 Sitze an die Kommunisten und 17 an die übrigen nichtsozialistischen Listen, darunter 6 an die Deutschvölkischen.

Es dämmert . . .

R. Rotterdam, 10. Mai. (Privattelegr.) In Glasgow haben dem Daily Chronicle zufolge sämtliche Gewerkschaften ihren Austritt aus der Trade Union und aus der Labour Party erklärt mit der Begründung, daß das Arbeiterkabinett keinen einzigen Programmpunkt der Partei bisher erfüllt habe und lediglich die militaristische Politik seiner Vorgänger fortsetze.

Die Tschecka-Untersuchung

Cb. Berlin, 10. Mai. (Privattelegramm.) In das Berliner Untersuchungsgefängnis sind gestern weitere 8 Kommunisten wegen Teilnahme an der deutschen Tschecka eingeliefert worden. Die in Mecklenburg und Ostpreußen erfolgten Kommunistenverhaftungen der letzten Tage stehen nicht nur mit der Tschecka-Untersuchung, sondern auch mit der kommunistischen Generalstreikbewegung in Deutschland in unmittelbarem Zusammenhang, deren Fäden in der inzwischen geschlossenen Sowjethandelsvertretung zusammenliefen.

Gegen den Weltgerichtshof

Cb. Rotterdam, 10. Mai. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus Newyork: Der Antrag des Senators Lodge, einen Weltgerichtshof einzusetzen, hat in hiesigen politischen Kreisen Sensation hervorgerufen. Es verlautet, daß Präsident Coolidge sowie Hughes gegen diesen Plan sind. Sie unterstützen den gegenwärtigen internationalen Gerichtshof.

Ein politischer Brandherd

Betrachtungen zum Ruhrstreik.

× Berlin, 9. Mai.

Ueber dem Ruhrgebiet lastet außer dem Druck der Besetzung nun auch die schwarze Wolke des Streiks. Mehr als eine halbe Million Bergleute, mindestens 90 vom Hundert der Belegschaften fahren nicht in die Gruben. Sie streiken, weil sie die verlängerte Arbeitszeit nicht mehr einhalten wollen, oder sie sind ausgesperrt, weil sie nur 6—7 Stunden arbeiten wollen. Es ist ganz dasselbe.

Das Abkommen mit den Bergherren, das eine 8—8½stündige Schicht unter Tage vorschrieb, ist am 1. Mai abgelaufen. Die Erneuerung des Abkommens verzögerte sich. Die Arbeiter stellten höhere Lohnforderungen, denen die Zechenverwaltungen trotz ihrer Sorgen und trotz der erschwerenden Micumverträge insofern nachkamen, als sie sich bereit erklärten in allen Revieren höhere Löhne als in der Vorkriegszeit zu zahlen, im Ruhrrevier 15 Prozent mehr. Und dies, obwohl heute in vielen Revieren die Leistung pro Mann und Schicht nur 70 Prozent der Vorkriegsleistung beträgt! Die Arbeitgeber wiesen nach, daß die Lohnerhöhung für sie ein Opfer von 8½ Millionen Goldmark monatlich bedeutet. Half alles nichts. Die Gewerkschaften weigerten sich, den neuen Vorschlägen zuzustimmen. Darauf sprach der Reichsarbeitsminister Brauns durch verbindlich erklärte Schiedssprüche die Verpflichtung zur Fortsetzung der Mehrarbeit aus. Die Folge waren Sabotierung der Schiedssprüche, Arbeitsverweigerung, Streik und Aussperrung.

Dies der Gang der Dinge bis zum „Kriegsausbruch". Der Kampf der jetzt tobt, geht rein wirtschaftlich betrachtet um eine Arbeitszeit, die der Kohlenindustrie und damit zusammenhängend natürlich auch der Metallindustrie die Fortsetzung ihrer Erzeugung ermöglicht. Der Konflikt bringt dem Bergbau auf jeden Fall große Schäden. Denn die Industrie steht unter der Last der Reparationsverpflichtungen, die um so schwerer drückt, als das Liefersoll trotz der Verminderung oder des gänzlichen Ausfalls der Förderung unverändert bleibt; Ein Glück, daß die Kohlenvorräte im Augenblick sehr groß sind. Das Liefersoll an die Franzosen und Belgier ist für die nächste Zeit gedeckt. Auch die Eisenbahnen verfügen im Augenblick über reichliche Vorräte, die dem Friedensstand wieder einigermaßen gleichkommen. Die Kokereien und die allgemeinen Notstandsarbeiten können durch das Beamtenpersonal einigermaßen aufrechterhalten werden. Wenn aber der Streik länger dauert als die Vorräte reichen, was dann? Die Arbeiterschaft ist zurzeit finanziell sehr schwach. Kassen, die den Streik bezahlen könnten, sind nicht vorhanden. Wenn nun der letzte Pfennig verbraucht ist, und immer noch Arbeitskrieg herrscht? Die warme Mittagssuppe, die in den Städten des Ruhrgebiets auf Gemeindekosten verabreicht wird, tut es nicht. Verbitterung, Aufruhr, Plünderung werden die Folge sein.

Darauf warten nur die Kommunisten. Es besteht ein geheimnisvoller Zusammenhang zwischen diesem angeblich rein wirtschaftlichen Kampf und den letzten Zurüstungen der linksradikalen Politiker. Die Untersuchung in der Angelegenheit der russischen Handelsvertretung in Berlin gewährt voraussichtlich einen aufklärenden Blick in den politischen Hintergrund des neuen Ruhrstreiks. Der Plan der Kommunisten ging offenbar dahin, ihre Anhänger zuerst im Ruhrgebiet, dann im ganzen Reiche in eine politische Massenbewegung hineinzutreiben. Die Regierung, die sich gewiß alle Mühe gibt, in den Streit zwischen Grubenherren und Bergleuten vermittelnd einzugreifen, sollte nicht versäumen, auch den politischen Brandherd auszutreten, der sich wieder einmal ganz unter der Hand entwickelt hat.

Sturz des Franken

Cb. Rotterdam, 10. Mai. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus Newyork: Der französische Franken setzte gestern seinen Abfturz fort. Nach dem amtlichen Rückgang von 6,05 auf 5,93 wurde der Franken nachbörslich mit 5,82 genannt. Die Ge-